

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. G. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
Gneisen bei Th. Spindler,
Grätz bei L. Streissand,
Breslau bei Emil Habath.

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Hanke & Co.
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Wosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbad.“

Posener Zeitung.

Nennundsiebziger Jahrgang.

Nr. 116.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalb für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 16. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die geschwätzige Zelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittag angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 15. Februar. Der Kaiser hat dem Staatsanwalt Peter in Gneisen die Erlaubnis zur Auseinandersetzung des ihm verbleibenden russischen St. Stanislaus-Ordens 3. Klasse ertheilt; den Oberpfarrer Adolf Friedrich Peiffer in Luckenwalde zum Superintendanten der Diözese Luckenwalde, Regierungs-Bezirk Potsdam, ernannt.

Vom Landtage.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. Februar, 11 Uhr. Am Ministerium Camphausen, Kreis in Eulenbürg, Falk, Achenbach und mehrere Kommissarien. Das Haus genehmigt ohne Debatte in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf wegen Verwendung der in Folge der Abtretung der Preußischen Bank an das Reich für die Staatskasse verbliebenen Geldmittel und gibt sodann zur Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst über.

Abg. Wisselink beantragt die Überweisung der Vorlage einer Kommission. Dieselbe sei um so notwendiger, als der gegenwärtige Entwurf die fast unveränderte Fassung der im vorigen Jahre vorgetragenen Vorlage zuläßt, somit die zahlreichen und eingehenden Abänderungsvorschläge der Kommission vom vorigen Jahre ganz unberücksichtigt geblieben seien.

Abg. Herr von Erxen: Es erkennt in der Vorlage die Befriedigung der bestehenden Bedürfnisse. Es sei unumgänglich notwendig, daß die Befähigung eine Garantie dafür geboten werde, daß diejenigen, die die allerwichtigsten und einschneidendsten Fragen des praktischen wirtschaftlichen Lebens zu entscheiden haben, eine allseitig ausreichende Vorbildung erhalten haben.

Abg. Herr von Erxen: Es handelt sich in diesem Gesetze hauptsächlich um zwei Fragen: 1) Ist es möglich und den Interessen der Bevölkerung entsprechend, die Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten an die richtliche Vorbildung anzulehnen? und 2) wenn ein besondere Vorbildung für diese Beamten als notwendig erachtet wird, soll der ganze Gang dieser Vorbildung fest und bestimmt vorgeschrieben sein, oder genügt es, darüber einige wenige allgemeine Bestimmungen zu geben? Die erste Frage muß entschieden verneint werden. Die juristischen und die hier notwendigen und geforderten Vorbildungen sind so grundverschiedener Natur, daß man den nur juristisch ausgebildeten Beamten mit demselben Rechte zum Bautechniker machen könnte wie zum Verwaltungsbeamten. (Widerspruch.) Auch die Vorbildung ist eine Tugend, die erlernt werden muß, und zwar nicht nach logischen Schlüssen, wie sie die theoretische Wissenschaft lehrt, sondern aus dem praktischen Leben heraus, aus den Erfahrungen, wie der Verwaltungsdienst selbst an die Hand giebt. In diesem Sinne ist daher, da sie ein durchaus gesundes Prinzip zur Durchsetzung bringt, als eine zeitgemäße Reform mit Freuden zu begrüßen. Einzelnen muss insbesondere die Verschärfung des Examen als eine wertvolle und notwendige Bestimmung anerkannt werden. Das juristische Studium ist ja in der That ein sehr kurzes; ob eine Verlängerung auf 5 Jahre eine wirksame und empfehlenswerte Maßregel sei, darüber läßt sich streiten. Mancher lernt in 3 Jahren sehr viel, mancher in 4 Jahren gar nichts. (Sehr wahr!) Man kann von einer Begrenzung der Zeitdauer des Studiums völlig absiehen, wenn man nur das Examen hinlanglich erhöht. Die in dieser Vorlage geforderte Prüfung wird die wohlverdiente Folge haben, daß für den betreffenden Beamten auch während die lediglich im praktischen Dienst bewegt, ein zwingendes Verständnis der Theorie, sich mit den Lehren der Wissenschaft eingehend zu beschäftigen, die sich ja so vielfach und eng an das praktische Leben anschließen.

Abg. v. d. Goltz: Die Bedürfnisfrage in Bezug auf dieses Gesetz wird wohl allseitig bejaht. Als sehr bedeutsam erscheint aber die Gleichstellung der Landräthe mit allen übrigen höheren Verwaltungsbeamten, die als durchaus unangemessen erscheint. Offenbar steht an einen Landrath bei weitem höhere Anforderungen gestellt werden, als das früher notwendig war. Es ist daher die alte These durchaus zu verworfen, daß Leute, die weiter nichts haben als eine Grundbesitz im Kreise, ohne Weiteres als befähigt erachtet werden. Die Stellung eines Landrathes einzunehmen. (Sehr richtig! links.) Die Regierung aber hat noch in allerletzter Zeit Leute, an deren sonstigen Besitzungen, die siebzig Prozent der Kreistage verdeckt wurden, zu Landräthen ernannt. Ich kann hier keine Nachweise führen, habe aber konkrete und sehr bekannte Fälle im Auge. Der Landrath spielt unzweifelhaft eine sehr traurige Rolle, wenn er in Auskunft Leute neben sich hat, die bei weitem befähigter sind als er selbst. (Sehr wahr! links.) In dieser Beziehung ist also eine Abänderung der Vorlage dringend wünschenswert.

Abg. Windhorst (Bielefeld): Dieser Entwurf war bekanntlich bereits im vorigen Jahre und zwar in fast unveränderter Fassung vorgelegt worden. Die Regierung aber hat sich nicht in dem Hause davon Notiz zu nehmen, daß bereits eine Generaldiskussion darüber im Hause stattgefunden und die Kommission eine Arbeit geleistet hat, die in sehr wesentlichen Punkten von der Regierungsvorlage abweicht. Aus dieser höchst eigenhümlichen Thatstache läßt sich die Folgerung ziehen, daß die Regierung gar nicht die Neigung habe, die Majorität in irgendeiner Fassung zur Thatstache werden zu lassen. Die Majorität wird sicher ebenso wie im vorigen Jahre erkennen und durch ihre Beschlüsse aussprechen, daß der Entwurf in dieser Fassung durchaus geändert wird, absolut unannehmbar ist. Deshalb wird das gerade von einem Vorredner so sehr gelobte Votum für uns ein Hinderniß sein, die Vorlage anzunehmen, denn wir können darin nichts Anderes erblicken, als ein Examen, dazu gegeben, um mißliche Elemente, denen nicht Mangel an Befähigung besteht, sondern die aus anderen Gründen nicht in die hohen Magistratsämter zugelassen werden sollen, durch einen Widerspruch des Regierungspräsidenten zu beseitigen. (Sehr richtig! links.) Bei der Beratung werden wir jedenfalls die eine Kardinalfrage zu stellen haben, ob einerseits auf den Landrath, andererseits auf die Verwaltungs- und Regierungspräsidenten diese Bestimmungen des Gesetzes angewendet und ausgedehnt werden sollen. Dem Antrage auf Überweisung an eine Kommission kann auch ich mich nur anschließen.

Abg. v. Bonin: Durch die wiederholte Einbringung dieser Vorlage ist der feste Entschluß der Regierung konstatirt, in Übereinstimmung mit der Majorität des Hauses diese wichtige Frage endlich zu

einem definitiven und befriedigenden Abschluß zu bringen. Der Vorwurf des Vorredners, daß es der Regierung mit diesem Abschluß nicht Ernst sei, ist daher in keiner Weise gerichtet.

Finanzminister Camphausen: Gegen die Annahme des Abg. Windhorst, daß es der Regierung wohl nicht völiger Ernst damit sei, dieses Gesetz perfekt werden zu lassen, muß ich Verwahrung einlegen. Ich muß doch bitten, Beschlüsse einer Kommission nicht zu identifizieren mit Beschlüssen des Plenums des Hauses, an wenigstens dann, wenn, wie wir es im vorigen Jahre erfahren haben, daß der Bericht der Kommission sofort zur Stellung einer großen Zahl von Abänderungsanträgen Veranlassung gab. Wir würden schließlich einen befriedigenden Abschluß dieser wichtigen Frage und sind überzeugt, daß eine Beratung darüber mit den Wünschen der Majorität des Hauses nicht im Bereich der Unmöglichkeit liegt.

Abg. Mühlensbeck erklärt, das Gesetz annehmen zu können, wenn die §§ 5 und 6, die über das Tentamen handeln, gestrichen werden. Die Debatte wird hiermit geschlossen und die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs einer Wegeordnung.

Abg. Frhr. v. Seereman: Ich glaube, der Herr Minister hat dem allgemeinen Wunsche dieses Hauses und des ganzen Landes entsprochen, indem er die Wegeordnung von neuem vorgelegt hat. Die Auffassung über die Verwaltung der Wege ist in den verschiedenen Provinzen eine total verschiedene und es bestehen noch in einzelnen Fällen ganz absonderliche und veraltete Bestimmungen, wie z. B. in meiner Provinz, wo noch eine derartige Bestimmung aus dem vorigen Jahrhundert existiert. Im vorigen Jahre hat die Kommission den Entwurf schon sehr eingehend beraten und es ist von dem Kollegen Wisselink ein ausführlicher und klarer Bericht gegeben worden, so daß wohl kaum ein neuer Punkt in diesem Jahre hinzugefügt werden könnte, wenn auch die alten Bedenken bestehen blieben. Die allgemeine Frage sieht sehr leicht aus: es soll mit dem Gesetz die Herstellung möglichst vieler Wege erreicht und eine möglichst gerechte Vertheilung der Wegebaulasten erzielt werden; und zunächst will sich die Vorlage nur auf die öffentlichen Wege befranken. Aber da vermisst ich sofort jede Definition, was unter einem öffentlichen Wege zu verstehen sei. Allerdings ist sie ungemein schwierig und am besten die Entscheidung hierüber der Praxis zu überlassen; aber es würde doch wenigstens eine Umfreirichtung der Begriffe notwendig sein, wenn man nicht der Willkür völlig freien Spielraum geben will. In Hannover ist ein öffentlicher Weg definitiv als ein solcher, welcher zum allgemeinen Gebrauch bestimmt ist und nicht durch Privatrecht entzogen werden kann. Es ist dies eine sehr kurze und einfache Erklärung, aber sie genügt mir auch noch nicht ganz; ich denke, die Kommission im Verein mit der Regierung wird einen glücklichen Gedanken aussuchen, um hierin eine vorsichtige Bestimmung einzutragen zu lassen. Da dem Prinzip der Vorlage, daß zunächst die Gemeinden betroffen seien, bin ich durchaus einverstanden, sowie ich auch die Bildung größerer Verbände nur bestimmt kann, weil hierdurch die Leistungsfähigkeit erhöht wird und der Bau eines öffentlichen Weges von weiteren Gesichtspunkten aus zu Stande kommt; aber andererseits wird hierbei vor allem darauf zu sehen sein, daß eine Gleichartigkeit der Interessen in den so vereinigten Gemeinden statthabe, damit nicht das Zusammenspielen und die Einmischung des Handels durch Reid und Meissner gefördert werde; und ich möchte deshalb bei der Bildung der Verbände jeden Zwang ausgeschlossen sehen. Ich komme auf ein weiteres Moment, welches im § 10 enthalten ist, die Baulast der Kreise. Der erste Absatz des § 10 lautet: „Betreffend denjenigen öffentlichen Fahrtwege, welche einem über die bloß lokalen Verbindungen hinausgehen, den größeren Verkehr zu dienen bestimmt sind, geht die Baulast auf den Kreis über.“ Ja, da scheint mir aber die Definition darüber, welche öffentlichen Wege über den Bereich bloßer lokaler Verbindungen hinausgehen, theoretisch ganz unmöglich zu sein, und was die Praxis anbetrifft, so läuft ja schließlich jeder Lokalweg in einen größeren Weg aus und dient somit ebenfalls dem größeren Verkehr. Einen Zwang kann ich hier ebensowenig billigen, wie bei dem vorhergehenden Punkt, und ich glaube, daß eine derartige Zwangsbestimmung besonders im Westen eine sehr große Unzufriedenheit hervorrufen wird. Den weiteren Gedanken des Gesetzes, die Chausseen hier auszunehmen und sie den Kunsträumen beizufügen, halte ich für einen durchaus richtigen; zu den öffentlichen Wegen soll jede einzelne Gemeinde herangezogen werden, eine derartige Verpflichtung darf aber nicht in Bezug auf die Chausseen bestehen. Nach dem § 13 sind die Regulative über die Beschaffenheit der Gemeindewege und Kreisstrassen von dem Oberpräsidenten aufzustellen. Hiermit kann ich mich nicht einverstanden erklären; nach meiner Auffassung ist das doch wohl die Aufgabe der Provinzialstände. Es ist allerdings der Oberpräsident hier im Hause im Gegensatz zum Regierungspräsidenten eine populäre Persönlichkeit, jener ist aber ebenso eine burokratische Person, wie dieser, und ich kann ihm die erwähnte Kompetenz nicht zuschreiben. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß es am besten wäre, einige allgemeine Gesichtspunkte aufzustellen und auf diesen das Gesetz aufzubauen, aber im Ubrigen alles Einzelne den Regulativen zu überlassen. Es treten im Einzelnen eine solche Menge von Schwierigkeiten auf, u. es schlägt keine Frage direkt in das Gebiet der Selbstverwaltung, wie der Wegebau, daß man die Entscheidung sehr gut den Provinzen überlassen könnte. Hat doch die Regierung dies prinzipiell anerkannt, indem sie denselben die Chausseen übergab. Besonders ist aber zu berücksichtigen, daß bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse in einzelnen Provinzen, die sich vor allem in Westfalen dem ganzen Osten gegenüber geltend macht, die Provinzen selbst am ersten im Stande sein werden, den dort vorherrschenden Bedürfnissen zu genügen. Hierzu kommt noch, daß die Provinzialstände wirtschaftliche Versammlungen sind, während wir hier eine politische Versammlung bilden, und ich glaube, daß jene weit eher eine Einigung in Bezug auf die Notwendigkeit des Vorhabens erzielen werden. Es muß überhaupt der Selbstverwaltung ein viel freierer Spielraum gelassen werden, und namentlich darf den Regierungsbehörden kein Recht zum Zwange der Verwaltungsbehörden aufzuerufen, der, wie ich mich überzeugt habe, in wahrhaft ungerechter Weise von jenen bisher gehandhabt worden ist, so daß z. B. ein Mitglied dieses Hauses und durch das allgemeine Vertrauen zum Schriftführer desselben gewählt, nicht einmal für würdig befunden wurde, Magistratsmitglied einer kleinen Stadt zu werden. (Hört!) Ich beantrage die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Wisselink: Es gibt wohl kaum eine Gesetzesvorlage, welche so lange einer Durcharbeitung bedarf hat, wie die jetzige, die seit dem Jahre 1862 in beständiger Umbildung begriffen ist. Ich hoffe, daß nach den eingehenden Untersuchungen in der Kommission des vorigen Jahres und bei dem Streben, die Vorlage zur Verwirklichung zu bringen, das Gesetz endlich in diesem Jahre zu Stande kommen werde. In Bezug auf die Notwendigkeit einer Definition des Begriffes „öffentlicher Weg“, sowie einer Erweiterung der Befugnisse der Selbstverwaltungsgremien bin ich mit dem Vorredner einverstanden,

doch kann ich in seiner Auffassung über die Kreisstrassen nicht bestreiten. Bei der Spezialberatung wird es sich wesentlich darum handeln, inwieweit die Rechte der Selbstverwaltung auszudehnen seien, es wird sich ferner darum handeln, ob einzelne Forderungen der Kreise, die schon teilweise in Petitionen dem Hause vorliegen, Berücksichtigung finden können, und endlich wird es sich darum handeln, Befreiungen zu zerstreuen, welche sich wesentlich an die §§ 41, 68 und 69 anknüpfen. Der Überweisung des Entwurfs an eine Kommission stimme ich zu, doch habe ich mich im Vorjahr überzeugt, daß der Apparat für die Beratung ein zu großer ist, und ich möchte deshalb eine Kommission von 14 Mitgliedern als hinreichend für den beabsichtigten Zweck betrachten.

Abg. Witt hebt gegen die Vorlage die ernstesten Bedenken, weil er von derselben eine finanzielle Belastung einzelner Landesheile fürchtet. In der Provinz Polen besteht bis jetzt keine bestimmte Wegeordnung und deshalb sei auf Grund des Allgemeinen Landrechts die Regierung zur Unterhaltung der Landstrassen und Brückenbauten verpflichtet. Durch Einführung der Wegeordnung würde diese fiktive Verpflichtung mit einem Fehler bestellt und die auf 40.000 Thaler jährlich sich belaufende Belastung auf die Schultern der Gemeinden gewälzt. Eine solche Pflicht, die geeignet sei, die Dotation der Provinz zum großen Theil zu absorbiren, erscheine um so ungerechtfertigter, als das in den übrigen Provinzen vorhandene Korrelativ der Selbstverwaltungsgremien in der Provinz Polen fehle und die Entscheidung statt in der Hand der Kreisausschüsse in die Hände der Landräthe gelegt werden sollte. Die Kommission werde diese Bedenken hoffentlich in erste Erwägung ziehen und auf deren Beseitigung Bedacht nehmen.

Abg. Graf Wirsching eröffnet sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Auch andere gegen die vorjährige Vorlage abgeänderte Bestimmungen forderten zur reellen Erwirkung heraus. So bestimmen § 62, daß durch die den Verwaltungsräten zufallenden Aufgaben die Befreiung der Gemeinden von der Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen aufgehoben werden soll, und § 63, daß durch die Befreiung der Gemeinden von der Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen aufgehoben werden soll. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Auch andere gegen die vorjährige Vorlage abgeänderte Bestimmungen forderten zur reellen Erwirkung heraus. So bestimmen § 62, daß durch die den Verwaltungsräten zufallenden Aufgaben die Befreiung der Gemeinden von der Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen aufgehoben werden soll, und § 63, daß durch die Befreiung der Gemeinden von der Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen aufgehoben werden soll. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit rezipiert werde, daß man den Gemeinden eine mögliche Entlastung gewähre. Diese Bestimmung schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Polen, sondern auch in Sachsen werde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige fiktive Pflicht zur Unterhaltung der Landstrassen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbau so weit

Bezug des Staats der Domänen, Forsten, direkten und indirekten Steuern, der Justiz- und der Gesetzverwaltung u. s. w.)

Abg. v. Denzin kündigt den Antrag an, den Bericht der Enquête-Kommission über das Eisenbahn-Konzessionswesen zum Gegenstand einer Plenarverhandlung zu machen, und wird ihn der Präsident für diesen Fall auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.

Parlamentarische Nachrichten.

DRC. Das Herrenhaus wird seine nächste Sitzung, wie wir hören, nicht früher abhalten, als bis der Etat im Abgeordnetenhaus durchberaten und an das Herrenhaus zur weiteren Berathung geangt sein wird. Die Mitglieder des Herrenhauses sind hieron bereits darüber verständigt worden.

** Der Entwurf des Gesetzes, betreffend die evangelisch Kirchenverfassung in den 8 älteren Provinzen der Monarchie, hat die Sanction des Königs erhalten und ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Das betreffende Altenstück besteht 1) aus dem genannten Gesetzentwurf (dem sogenannten Staatsgesetz); 2) aus der General-Synodalordnung vom 20 Januar 1876, welcher der Allerhöchste Erlass vom gleichen Tage vorausgeschickt ist; 3) aus den Motiven, denen als Anhang eine Deckschrift des Oberkirchenrats, die Beschlüsse und Anträge der 2. Kommission der Generalsynode und das Protokoll über die Plenarsitzung der letzteren vom 18. Dezember 1875 beigelegt sind. Der erläuterte Gesetzentwurf besteht aus 27 Artikeln, von welchen sich Art. 1-8 auf die KreisSynoden (Art. 8 auf die vereinigten KreisSynoden von Berlin) beziehen. Art. 9-11 handeln von den Rechten der ProvinzialSynoden und deren Ausübung. Von Art. 12 ab beginnen die mehr generellen und wichtigsten Bestimmungen, welche die GeneralSynode betreffen. Art. 12 stellt den Grundzusatz auf, daß kirchliche Gesetze nur soweit rechtmäßig sind, als sie nicht mit einem Staatsgesetz im Widerspruch stehen, und daß kein Gesetz dem Könige zur kirchenregimentlichen Sanction vorgelegt werden darf, bevor nicht der Kultusminister die Erklärung abgegeben hat, daß gegen den Erlass dieses Gesetzes von Staatswegen nichts zu erinnern sei. Art. 13 bestimmt, daß Steuerbeschlüsse mit gewöhnlicher Majorität erfolgen sollen, schreibt aber für dieselben eine zweimalige Abstimmung vor. Kirchengesetze, welche neue Ausgaben zu landestümlichen Zwecken bewilligen, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Staatsministeriums (Art. 14). Kirchengesetze, durch welche die Pfarrpfarrer und das Kirchenvormögen der Gemeinden herangezogen werden, bedürfen der Zustimmung des Kultusministers. Wichtig ist dann noch Art. 19: "Die Verwaltung und Leitung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche geht, soweit solche bisher von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten geübt worden ist, auf den evangelischen Oberkirchenrat, soweit sie von den Regierungen geübt ist, auf die Konstitutionen über." Art. 21-27 gehen wesentlich den Bestimmungen parallel, welche in dem Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchengemeindevermögens betreffs der Aufsichtsrechte des Staats getroffen sind. Diese vorläufige Übersicht zeigt zur Genüge, daß man es hier mit einem schwierigen und sehr sorgfältig zu überlegenden Gesetze zu thun hat.

Brief- und Zeitungsberichte.

BAC. Berlin, 15. Februar. Beim Schluß der letzten Reichstagssitzung ist nicht, wie dieses sonst stets üblich ist, der Verdienste der Präsidenten um die Förderung der Geschäfte des Hauses gedacht worden. Das älteste Mitglied des Hauses, Herr von Bonin, hatte sich zum Worte gemeldet, um, wie dieses der allgemeine Wunsch des Hauses war, namentlich dem Präsidenten von Forckenbeck und dem Abgeordneten Dr. Simson gegenüber, der auf einstimmigen Wunsch des Hauses die Vertretung des durch eine so traurige Veranlassung von seinem Posten abberufenen Kollegen übernommen hatte, in einer den besonderen Verhältnissen des Falles entsprechenden Weise den Gefühlen des Hauses Ausdruck zu geben. Nun hat es sich aber so gesetzt, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck den Wunsch aussprach, vor dem formlichen Schlus der Session ein paar Worte zum Reichstage zu sprechen. Zu diesem Zwecke hatte ihm der Vizepräsident Dr. Haniel das Wort gegeben; am Ende seiner Rede scheint Fürst Bismarck nun irgend eine Bewegung des Präsidenten dahin verstanden zu haben, daß ihm damit ein Zeichen gegeben würde, fortzufahren und als bald zu dem formlichen Schlus der Session zu schreiten. Nachdem der Schlus der Reichstagssession einmal ausgesprochen war, war es nicht mehr möglich, irgend einem Mitgliede noch zu irgend einer Bemerkung das Wort zu geben; es mußte sich der Präsident darauf beschränken, den Schlus der Session unter Ausbringung des Hochs auf Se. Majestät den Kaiser auszusprechen. So ist der bedauerliche Umstand eingetreten, daß während im ganzen Hause aufs Lebhafteste der Wunsch gehegt wurde, den Gefühlen der Mitglieder für die Herren von Forckenbeck und Dr. Simson in einer außergewöhnlichen Weise Ausdruck zu geben, eine jede solche sympathische Anerkennung unterblieben ist; da hierbei lediglich ein Mißverständnis obgewalzt hat, so kann wohl von einem allgemeinen Bedauern über dieses Mißverständnis, in keiner Weise aber von irgend welcher Missetzung darüber die Rede sein.

■ Berlin, 15. Februar. Die Fortschritte, welche die deutsche Industrie seit den ersten Anfängen der Errichtung einer damals zunächst nur preußischen Kriegsflotte in den Jahren 1859 bis 1861, namentlich aber seit dem letzten deutsch-französischen Kriege gemacht hat, dürfen als im ganzen zufriedenstellend erachtet werden. Zur Zeit kann für Deutschland der Bezug aller zum Bau auch der größten deutschen Holz-, Eisen- und Panzerfregatten benötigten Materialien, mit einziger Ausnahme der Panzerplatten, aus den eigenen inselndischen Fabriken und Etablissements als gesichert angesehen werden. Andererseits ist auf dem Gebiet des Schiffbaus die deutsche Kriegsmarine mit dem Bau der "Leipzig" bis zur Aufführung eigner Schiffbaukonstruktionen fortgeschritten, und soll das Gleiche auch mit den noch im Bau begriffenen neuen deutschen Panzerfregatten statthaben. Was die Panzerplatten-Fabrikation betrifft, so war dieselbe noch den seiner Zeit veröffentlichten Mittheilungen bereits vor etwa drei Jahren von dem Krupp'schen Etablissement im großartigsten Maßstabe in Aussicht genommen. Dasselbe hatte, wie damals berichtet wurde, vorzugsweise zum Zweck dieses großen Eisenbergwerke in der Gegend von Bilbao in Spanien erworben, deren Mächtigkeit sich auch in dem 1873 bei Gelegenheit der wiener Weltausstellung von der genannten Firma veröffentlichten Geschäftsausweis und Ausstellungsfatalo ausdrücklich mit aufgeführt findet. Zur Ueberführung des dort gewonnenen Eisens sollten seiter 12 große Transportfregatte gebaut werden, wovon sich 1874 zwei bereits fertig gestellt und zwei noch bei der Norddeutschen Schiffbau-Gesellschaft zu Gaarden bei Kiel im Bau befinden, wo dann außerdem auch noch der Bau einer Eisenbahn von den erwähnten Werken nach Portugal, dem Vorhaben von Bilbao hinzutreten bestimmt war. Leider stellte sich der Ausführung dieses so großartig angelegten Unternehmens der Umstand entgegen, daß gerade die genannte Hafenstadt fortgesetzt einen Brennpunkt der Kämpfe des gegenwärtig noch andauernden spanischen Bürgerkrieges gebildet hat, und wird es gegenwärtig als zweifelhaft bezeichnet, ob jenes Projekt von der genannten Firma noch wieder aufgenommen werden dürfte. In Betreff der Wiederherstellung der deutschen Privat-Schiffbau-Gesellschaften zu Kriegsschiffbau ist bisher nur die Gesellschaft Vulkan zu Grabow bei Stettin mit größeren Aufträgen berücksichtigt worden, und hat diese noch dem allgemeinen Urteil in den von ihr ausgeführten Schiffsbauten, darunter die Panzer-Thurm-Schiff-Fregatte "Preußen", ganz Anerkennendes geleistet. Für

die Ausführung von Schiffsmaschinen sind hingegen außer dem Vulkan auch noch mehrere andere deutsche Fabrik-Etablissements, darunter auch die ehemals Egelsche Fabrik zu Berlin herangezogen worden, und sollen die neuerrichteten Maschinen allen Anforderungen entsprechen. Von den drei Staatswerften hat sich der Schiffsbaubetrieb für Wilhelmshaven zum ungünstigsten gestellt, und ist es nach den Erläuterungen zu dem diesjährigen Marine-Etat auch jetzt noch nicht gelungen, dort ein ausreichendes Arbeiter-Personal anlässlich machen zu können. Mit Vollendung der auf allen drei Werften noch in Ausführung begriffenen Anlage- und Werkstättenbauten werden auf denselben in Zukunft 9, und erforderlichenfalls 12 neue Schiffsbauten zugleich in Bauausführung genommen werden können. Neuerrichtungen sind von der deutschen Admiralität noch mehrere Privat-Werften, wenn zunächst auch mit kleineren Schiffbauaufträgen mit zur Verwendung herangezogen worden, und steht nach den wiederholten Unfällen, welche in den letzten Jahren die Dampfer der großen überseeischen deutsch-Dampferlinien erlitten haben, wohl zu erwarten, daß auch diese Gesellschaften, welche bisher ihre Schiffe beinahe ausschließlich bei englischen Schiffbau-Etablissements haben bauen lassen, sich fortan hieron abwenden werden, was unmöglich verfehlbar könnte, sehr wesentlich zu einem noch günstigeren Aufschwung der deutschen Schiffbau-Industrie beizutragen. — Der schwer Krieg, welcher Russland so völlig unvorhergesehen in Khakassien erwachsen ist, und der mögliche, wo nicht bereits wahrscheinlicherweise auch in den kaum unterworfenen neuen Gebietsteilen, und namentlich in Chiwa neue auständische Bewegungen herbeiführen dürfte, läßt die Unzulänglichkeit der bisher in Asien verwendeten russischen Streitkräfte recht augenscheinlich hervortreten, und wird zweifelsohne die Anregung zu einer entsprechenden Verstärkung derselben ergeben. Die ganze bisher in dem einen halben Welttheil umfassenden asiatischen Russland verfügbare russische Offensivmacht besteht nämlich zur Zeit nur aus 2 Orenburgischen, 4 West-, 6 Ostibirischen- und 12 Turkestanischen Liniens-Bataillonen und der Turkestanischen Schützen-Brigade von 4 Bataillonen, oder Alles in Allem in 24 regulären Bataillonen, welchen so in der Ostibirischen Fuß-Artillerie Brigade 4 in der Turkestanischen gleichen Brigade 3, und noch eine westibirische Fuß-Batterie, zusammen also 8 Feldbatterien mit 64 Geschützen zugeteilt befinden. Von der Infanterie führen nur die Turkestanischen Schützen das Verband Hinterladungsgewehr, die Liniens-Bataillone hingegen das aus den alten Vorberlaude-Gewehren umgearbeitete und ebenso schwer, als wenig vorberlaudige Terry-Norman-Hinterlaude-Gewehr. Die Artillerie ist gleicherweise nur mit aus glatten Geschützen umgearbeiteten 13 cm. Hinterladungs- und mit Vorberlaudegeschützen des veralteten Lee-Hitte-Systems ausgerüstet. Die Hauptstädte der russisch-asiatischen Armee beruht in ihrer Kavallerie, welche jedoch nicht ein einziges reußliches Regiment enthält, sondern nur aus 15 Orenburgischen, 12 Uralischen, 2 Semitschischen, 6 Sibirischen, 1 Astrachanischen, 2 Amurischen und 9 Sibirischen Kavallerie-Regimentern zu insgesamt 278 Sotinen oder Eskadronen 100 Pferden zusammengefaßt ist. Den Orenburgischen und Sibirischen Kosaken finden sich außerdem auch noch je 3 leicht Kosakenbataillone je 8 glatten 10- und 12-Pfündern zugeteilt. Diese sämtlichen Kosaken-Regimenter sind jedoch nur eine irreguläre Kavallerie ohne bestimmte Uniformierung und mit eigener beliebiger Bewaffnung. Für den Nothfall können die Feldtruppen noch durch ein Aufgebot von 23 Kosaken-Bataillonen verstärkt werden, welche jedoch ebenfalls nur eine völlig beliebig ausgerüstete und durchgehend mit glatten, meist orientalischen Gewehren bewaffnete irreguläre Infanterie bilden. An nicht für den Felddienst verwendbaren Besatzungstruppen sind endlich noch für diese gesamten fast unbegrenzten Gebietsteile 15 Bataillone Garisons-, Grenz- und Militärs, eine Anzahl Bezirks-Kommandos, 4 Festungs-Artillerie-Kompanien und 1 Genie-Bataillon vorhanden.

Unter der Aufschrift "Die Kreuzzeitung im Reichstage" hat das genannte Blatt zu ei Letzter Artikel gebracht, um sich gegen die Beschuldigung des Fürsten Bismarck zu rechtfertigen, daß die "Kreuzzeitung" die persönliche Ehre der höchsten Staatsbeamten angegriffen habe. Nur Mißverständnisse und böser Wille, so sucht die einflige Freundin des Herrn v. Bismarck dazuthun, könnten ihr eine solche Verurtheilung zugießen. Der Beweis dafür ist ziemlich schwach, und wahrscheinlich im Gefühl dieser Schwäche sucht das Blatt seine Rechtfertigung mit einigen Angriffen auf den Fürsten zu kräftigen. So heißt es im ersten Artikel:

Wir möchten ihn (den Reichskanzler) auffordern, einen Vergleich anzustellen zwischen dem Tone und der Kampfweise, welche wenigstens teilweise zu der Zeit in der Kreuzzeitung herrschten, als Herr Wagner dieselbe leitete und Herr Otto v. Bismarck-Schönhausen ein regelmäßiger Mitarbeiter war, — und demjenigen, wie er sich nach der Aufruhr der Revolutionsjahre geschickt und im Anschluß an den Charakter des Lehrkreises nun mehr und mehr entwickelt hat.

Im zweiten Artikel wird das Blatt noch bitterer und äußert sich u. A. wie folgt:

Es bleibt Geschmacksache, als höchster Beamter des Reiches gegen eine Partei und gegen deren Organ, nachdem alle anderen Mittel bisher nicht haben helfen wollen mit der ultima ratio einer öffentlichen und persönlichen Abonnementsverwarnung aufzutreten. Es bleibt Geschmacksache, bei dieser Gelegenheit für Ehre und Anstand, christliche Gestaltung und Sitts der Presse einzutreten, nachdem jahrelang offizielle Preschstände entwickelt worden sind, welche in der That mit in erster Linie unsere deutsche Presse mit wenigen Ausnahmen verglichen und in dieselbe eine Weise des gehässigen persönlichen Angriffes, ein Hezen auf Parteien und Persönlichkeiten eingeführt haben. Wenn der Dr. Reichskanzler so sehr für die Sittlichkeit der Presse importirt ist, warum wurde seiner Zeit nicht ernstlich untersucht, woher jener berühmte Artikel in der "Spen. Bla." gekommen war, welcher sie unterstellt, bei der Pallmann-Affaire die Integrität eines bat. Richters anzutasten, während eine sonderbare Entstehungsgeschichte darüber von Mund in Mund ging? Warum macht der Dr. Reichskanzler, im Interesse „christlicher Gestaltung und Sitts“, nicht der allgemeinen und nicht bezweifelten Ansicht ein Ende, daß er mit den Wagner'schen Kreisen in Verbindung stehe, welche wieder ihrerseits, so weit politische Persönlichkeiten in Betracht kommen, wohl allein z. B. mit der "Eisenbahn-Zeitung" Verbindungen unterhalten? Wenn der Herr Reichskanzler diese Kreise aber noch nicht genügend kennen sollte, wollen wir hier öffentlich aus eigener Erfahrung zu der „christlichen Gestaltung und Sitts“ derselben einen Beitrag liefern. Als der frühere Leiter dieser Zeitung durch einen schweren genötigt war, die Redaktion niederzulegen, wozu er juristisch seine Arbeitskraft und seinen inneren Zusammenhang mit der Partei selbstverständlich vorausgesetzt — bei Lebzeiten nicht gezwungen werden konnte und von gewisser Seite befürchtet wurde, daß das gewünschte sacrificium intellectus et voluntatis auch in Zukunft nicht erfolgen werde, wurde aus jenen Kreisen dem bisherigen Chefredakteur ein namhaftes Kapital geboten, falls er, auf sein formelles Recht stützend, nominell weiter redigieren, aber im Wege der Stellvertretung tatsächlich das Parteidorgan an seine Gegner ausliefern wollte. Man hätte in der feinen Rechnung nur einen Fehler gemacht: die Ehre des Mannes war nicht für Geld zu haben.

Die "Kreuzzeitung" meint, daß der Angriff des Reichskanzlers nicht nur das Bugeständnis der bisherigen Misserfolge, das Organ der Junkerpartei aus dem Sattel zu heben, sondern auch des Aufschießens der „wirklich gefährlichen Versuche zum Ziele zu gelangen“, in sich schließe. Zur Erklärung fügt das Blatt folgende thatsächliche Mittheilungen bei:

Bekanntlich wurden vor einigen Monaten Versuche angestellt, eine sogenannte konervative Parteibildung zu Stande zu bringen, welche einer persönlichen Kanzlerpolitik die Majorität in den Parlamenten schaffen sollte. Dieselben sind nun mehr wohl als gescheitert zu betrachten. Die unabhängigen Konservativen der verschiedenen Schattirungen sind in festem Zusammenschluß begriffen und haben ausdrücklich die "Kreuzzeitung" für das einzige mögliche gemeinsame Parteidorgan erklärt. Es bleibt also dem Herrn Reichskanzler, falls

nicht ein wirklicher Bruch mit dem bisherigen System erfolgen und den konservativen handgreifliche Garantien derselben gegeben werden sollen, nichts weiter übrig, um aus der Sackgasse des Kulturkampfes und der Manchesterpolitik herauszukommen, als das, was man durch Verwirrung und sonstwie nicht erreichen konnte, in Zukunft allein mit gewaltfamen Mitteln zu versuchen. Und diese, wie gesagt, fürchten wir nicht. Fallen doch vor diesen auch alle jene, theils auf Angstflekt, theils auf Absichtlichkeit beruhenden Gerüchte über eine dem nächtige veränderte Haltung der "Kreuzzeitung", das heißt ein mehr oder weniger hervortretendes Aufsehen ihrer Unabhängigkeit, in sich zusammen. Das ist uns die wichtigste und der konservativen Sache förderliche politische Seite des bisher unerhörten und doch tatsächlich jeder Unterlage entbehrenden Angriffes des Herrn Reichskanzlers auf die "Kreuzzeitung".

DRC. In der Zeit vom 14. bis 24. Februar findet in diesem Jahre die erste statistische Erhebung über den Briten über der Freiheit statt. Das General-Volksamt hat an die Postanstalten die Aufforderung gerichtet, die desfallsigen Erhebungen mit aller Sorgfalt vorzunehmen, damit Ergebnisse gewonnen werden, welche der Wirklichkeit so nahe als möglich kommen und bei Beurtheilung der mit dem Umfang des Briefverkehrs im Zusammenhange stehenden wichtigen Fragen mit Vertrauen zu Grunde gelegt werden können.

Danzig, 14. Februar. Mit Bezug auf die von uns erwähnte Entscheidung der Prüfung des Kommissars für Einflüsse Freiwillige hat der Vorstand der genannten Kommission, Dr. v. Büttner, am 13. Februar eine Berichtigung abgeben lassen, in welcher er mittheilt, daß der erwähnte Commissar erst am 7. d. M. sein Erntengesuch eingereicht hat, so daß ihm bis jetzt noch gar kein Beurtheil zugeschenkt werden kann, am allerwenigsten aber sei derselbe wegen "moralischer Unwürdigkeit" zurückgewiesen.

Braunschweig, 13. Februar. Wie man der Rede "M. Bla." schreibt, ist in wohlunterrichteten Kreisen davon die Rede, daß der Herr zog in neuerer Zeit eigentlich eine Verfügung über die Stadt Braunschweig, welche jedoch nicht ein einziges reußisches Regiment enthält, sondern nur aus 15 Orenburgischen, 12 Uralischen, 2 Semitschischen, 6 Sibirischen, 1 Astrachanischen, 2 Amurischen und 9 Sibirischen Kavallerie-Regimentern zu insgesamt 278 Sotinen oder Eskadronen 100 Pferden zusammengefaßt ist. Den Orenburgischen und Sibirischen Kosaken finden sich außerdem auch noch je 3 leicht Kosakenbataillone je 8 glatten 10- und 12-Pfündern zugeteilt. Diese sämtlichen Kosaken-Regimenter sind jedoch nur eine irreguläre Kavallerie ohne bestimmte Uniformierung und mit eigener beliebiger Bewaffnung. Für den Nothfall können die Feldtruppen noch durch ein Aufgebot von 23 Kosaken-Bataillonen verstärkt werden, welche jedoch ebenfalls nur eine völlig beliebig ausgerüstete und durchgehend mit glatten, meist orientalischen Gewehren bewaffnete irreguläre Infanterie bilden. An nicht für den Felddienst verwendbaren Besatzungstruppen sind endlich noch für diese gesamten fast unbegrenzten Gebietsteile 15 Bataillone Garisons-, Grenz- und Militärs, eine Anzahl Bezirks-Kommandos, 4 Festungs-Artillerie-Kompanien und 1 Genie-Bataillon vorhanden.

Paris, 12. Februar. Der Prinz Napoleon ist auf Korfu gelandet und hat durch sein Erscheinen eine leidenschaftliche Wahlkampf-Aera heraufbeschworen. Die Anhänger des Prinzen Napoleons Jerome und die Parteigänger des jungen exklusiven Prinzen befinden sich auf das Maggiofest in der Presse und selbst in Form von frischen, fröhlichen Strafantritten. Der Sohn des Erbprinzen ist am 13. Februar nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Caudan-Place, Chiswellhurst, 31. Januar 1876.

Mein lieber Herr Franceschini-Pietri! Der Prinz Napoleon Jerome bewirbt sich um die Stimmen der Bewohner von Ajaccio, er hat dies wider meinen Willen, er führt sich auf meine Feinde; ich bin gezwungen, ihn als einen solchen zu behandeln. Wenn es wahr wäre, daß er gescheitert, hätte, frühere Missgeschicke aus meinem Gedächtnis zu verwischen, so würde er sich vom Kampfplatz zurückgezogen haben; dadurch hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann ein aufrichtiges sein, wenn der Prinz einer Politik, welche nicht die meinige war, entsagte, und sie wäre nur dann von Dauer gewesen, wenn er seine Idee, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, aufgegeben hätte. Unvorbereitete Missgeschicke in der Kammer hätten ihn beschlossen, hätte er mir einen herben Entschluß, Ihnen und allen unseren Freunden eine peinliche Aufgabe gesetzt. Ich könnte nicht die ersten Schritte zu einer Versöhnung ihm, aber ich wäre mit Freuden darauf eingegangen. Ein Einverständnis könnte nur dann

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Februar. Wind: S. Barometer 28. Thermometer + 3° R. Witterung: bedeckt.

Weizen loto per 1000 Kilogr. 175—213 Km. nach Dual. gef. gelber per diesen Monat — Febr. März — April-Mai 195,50—196 — 195,50 bz., Mai-Juni 200—200,50—199,50 bz., Juni-Juli 203,50—204,50—204 bz., Juli-August 207,50 bz. — Roggen loto per 1000 Kilogr. 146—160 Km. nach Dual. gef. russ. 147,50—149, polnisch 149,50—150,50, inländ. 156—160, defekt russ. 146 ab Bahn bz., per diesen Monat — Febr. März — Frühjahr 149,50—150 bz., Mai-Juni 149 bz., Juni-Juli 149 bz., Juli-August — Gerste loto per 1000 Kilogr. 132—178 Km. nach Dual. gef. — Hafer loto per 1000 Kilogr. 135—180 Km. nach Dual. gef. öst. u. westr. 150—172, pom. und meiß. 165—175, russ. 150—172, böhm. 165—175 ab Bahn bz., per diesen Monat — Frühjahr 161—160,50 bz., Mai-Juni 161,50 bz. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 172—210 Km. nach Dual. Futterware 165—170 Km. nach Dual. — Karobs per 1000 Kilogr. — Rübenen — Leinöl per 100 Kil. loto ohne Fas 58 Km. — Rübbel per 100 Kilogr. loto ohne Fas 62 Km. bz., mit Fas —, per diesen Monat 65 bz., Febr. März do, April-Mai 65 bz., Mai-Juni 65,5 bz., Sept.-Okt. 65 bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilo mit Fas loto 30 Km. bz., per diesen Monat 28,5 bz., Febr. März —, Sept.-Okt. 25 B. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. loto ohne Fas 45 Km. bz., per diesen Monat —, loto mit Fas —, per diesen Monat 45,6—45,8 bz., Febr. März do, April-Mai 47,2—47,3 bz., Mai-Juni 47,6—47,8 bz., Juni-Juli 48,8—48,9 bz., Juli-August 50,2—50,4—50,3 bz., Aug.-Sept. 51,2—51,4 bz. — Weizl Weizenmehl Nr. 0 27—26, Nr. 0 u. 1 25,50—24 Km. Roggenmehl Nr. 0 23,50—22 Km., Nr. 0 u. 1 21—19,50 Km.

Berlin, 15. Februar. Der heutige Verleih eröffnete, trotzdem der gesetzliche Schluß recht fest gewesen war, lustlos und abgeschwächt. Thatsächliche Gründe für diese Aenderung oder Haltung ließen sich kaum ermitteln. Vor Allem wirkte der Wunsch therer zu verkaufen drückend auf die Courts-Röhrungen. Auch erschienen die fremden Meldungen überwiegend lustlos und niedriger. Franzosen waren gestern in Paris herabgesetzt und Kreditaktien ermittelten, weil man wiederum vom Verkaufe der Sudenburger Eisenwerke sprach. Doch der Hauptgrund der Ermittlung war die vorherrschende Geschäftsstille. Als sich zu den mäßig herabgesetzten Courten auch keine Käufer fanden, wurden die Abgeber wieder zurückhaltender und die Haltung konnte auf etwas niedrigerem Niveau fest genannt werden. Der internationale Markt zeigte

Fonds- u. Aktien-Börse.
Berlin, den 15. Februar 1876.
Pruessische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,10	bz	
Staats-Anleihe	4	99,30	bz	
Staats-Schildb.	3½	93,30	bz	
Kur. u. Ann. Sch.	3½	92,50	bz	
Öd.-Deich.-Obl.	4	101,50	bz	
do. do.	3½	92,10	bz	
Cöln. Stadt-Anl.	4½	99,80	bz	
Rheinprovinz do.	4½	101,60	bz	
Schloß d. B. Kfm.	5	100,90	bz	
Präandbriefe:				
Berliner	4½	101,70	bz	
do.	5	106,50	bz	
Land. Central	4	95,25	bz	
Kur. u. Neumärk.	3½	86,00	bz	
do. neue	3½	84,60	bz	
do.	4	95,10	bz	
do. neue	4	104,00	B	
n. Brandtg. Cred.	4	95,10	B	
Ostpreußische	3½	85,50	B	
do.	4	95,30	G	
do.	4½	102,00	G	
Pommersche	3½	84,30	G	
do.	4	95,75	B	
do.	4½	102,90	bz	
Posenische, neue	4	95,00	bz	
Sächsische	4	95,50	G	
Schlesische	3½	85,75	G	
do. alte A. u. C.	4	96,20	G	
do. A. u. C.	4	96,40	G	
Westpr. ritterg.	3½	84,00	G	
do.	4	95,30	bz	
do.	4½	101,75	bz	
do.	5	108,50	bz	
do. II. Serie 4	4	97,00	bz	
do.	4½	102,00	G	
Rentenbriefe:				
Kur. u. Neumärk.	4	98,00	bz	
Pommersche	4	97,20	bz	
Posenische	4	96,90	bz	
Preußische	4	97,00	bz	
Rhein. u. Westfäl.	4	98,50	bz	
Sächsische	4	99,50	bz	
Schlesische	4	97,20	bz	
Souverägens		20,36	G	
Rapoleondor	1½	13	bz	
do. 500 Gr.				
Dollars		4,17	G	
Imperials	do.	500 Gr.	139,00	G
Fremde Banknot.		99,83	bz	
do. einschl. Leipzig.				
Franzöß. Banknot.		81,40	bz	
Desterr. Banknot.		176,90	bz	
do. Silbergulden		183,75	bz	
do. ¼ Stucke		264,00	bz	
Russ. Noten				

Ausländische Fonds.

Amerik. rifz. 1881/6	105,00	bz	
do. do. 1885/6	99,90	bz	
do. Bds. (fund.)	5	101,80	bz
Norweg. Ank.	4½	97,50	bz
New-Yrk. Std.-A	7	103,50	G
do. Goldanl.	6	101,60	bz
New-Jersey	7	93,70	bz
Dept. Pap. Rente	4½	60,40	bz
do. Silb. Rente	4½	64,75	bz
do. 250 fl. 1854/4	106,50	bz	
do. Gr. 100 fl. 1858	336,20	bz	
do. Lott. A. v. 1860/5	113,50	bz	
do. do. v. 1864	295,90	bz	
Ung. St. Gésh.-A. 5	72,50	B	
do. Vorze		Verloß.	
do. Schäfch. 1	6	93,00	B
do. kleine 6		93,50	B
do. II. 6		91,40	G
Italienische Rente	5	71,40	bz
do. Tabal.-Obl.	6	100,60	bz
do. do. Actien	6	512,00	G
Rumänier	8	103,75	G
Russ. Nicol. Obl.	4	83,00	bz
do. Centr.-Bod.	5	88,75	bz
do. Engl. A. 1822/5	100,00	G	
do. do. A. v. 1862/5	98,10	G	
Russ.-Engl. Ank.	3	69,10	B
Russ. fund. A. 1870/5	101,50	B	
Russ. conf. A. 1871/5	98,00	bz	
do. do. 1872/5	98,00	G	
do. do. 1873/5	98,00	bz	
do. Bod. Credit	5	85,50	bz
do. Pr. A. 1864/5	181,00	bz	
do. do. v. 1866/5	181,00	bz	
do. 5. A. Stiegl.	5	82,00	G
do. 6. do. do.	5	97,10	bz
do. do. 84,70	84,70	bz	
Poln. Pfdb. III. C.	4	57	G
do. do.	5	77,40	G
do. do.	4	68,40	bz
Türk. Ank. v. 1865/5	20,25	bz	
do. do. v. 1869/6	41,80	bz	

* Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 L.	169,15	bz	
do. 109 fl. 1 M.	168,50	bz	
London 1 £fr. 8 L.	20,42	bz	
do. do. 3 M.	20,25	bz	
Paris 100 fr. 8 L.	81,20	bz	
Big. Blpl. 100 fr. 8 L.	81,10	bz	
do. do. 100 fr. 8 M.	80,80	B	
Wien öst. Währ. 8 L.	176,20	bz	
Brem. 20th. L.	101,25	bz	
Görl. 20th. L.	83,75	bz	
do. do. 1874/4	101,25	bz	
Görl. Md. Pr. A.	109,40	bz	
Desterr. St. Pr.-Anl.	3½	119,00	B
Goth. Pr. Pfdr.	5	109,50	bz
do. II. Abth.	5	106,00	bz
do. Pr. A. v. 1866/3	174,20	G	
Eubener Pr. Ank.	3½	142,80	B
Metzb. Eisenb.	3½	125,40	bz
Meiningen Looft.	3½	20,40	bz
do. Pr. Pfdr.	4	102,25	bz
Oberenburg. Looft.	3	138,90	bz
D.G.-G.-B.-P. 110/5	102,90	bz	
do. do.	4½	96,00	G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,00	bz
do. do.	4½	95,75	bz
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,40	B
Nrd. Grdt. H. A.	5	101,25	bz
do. Hyp.-Pfd.	5	101,50	bz
Pomm. H.-B. 1. 120/5	105,75	G	
do. II. V. 110/5	102,00	bz	

Deutsche Fonds.

H. L. v. 55 a 100th.	3½	132,25	bz
Deh. Prtsch. a 40 th.	—	259,75	B
Bad. Pr. A. v. 67/4	123,40	bz	
do. 35fl. Obligat.	—	142,80	B
Bair. Präm.-Anl.	4	125,40	bz
Brüsch. 20th. L.	83,75	bz	
Brem. 20th. L.	101,25	bz	
Görl. Md. Pr. A.	109,40	bz	
Desterr. St. Pr.-Anl.	3½	119,00	B
Goth. Pr. Pfdr.	5	109,50	bz
do. II. Abth.	5	106,00	bz
do. Pr. A. v. 1866/3	174,20	G	
Eubener Pr. Ank.	3½	142,80	B
Metzb. Eisenb.	3½	125,40	bz
Meiningen Looft.	3½	20,40	bz
do. Pr. Pfdr.	4	102,25	bz
Oberenburg. Looft.	3	138,90	bz
D.G.-G.-B.-P. 110/5	102,90	bz	
do. do.	4½	96,00	G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,00	bz
do. do.	4½	95,75	bz
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,40	B
Nrd. Grdt. H. A.	5	101,25	bz
do. Hyp.-Pfd.	5	101,50	bz
Pomm. H.-B. 1. 120/5	105,75	G	
do. II. V. 110/5	102,00	bz	

Bank- und Credit-Aktionen.

Badische Bank	4	103,80	bz
Bl. f. Rhein u. Westf.	4	63,75	B
Bl. f. Sprit. u. Pr. H.	4	61,25	bz
Berliner Bankeverein	4	76,90	bz
do. Comm.-B. Sec.	4	62,75	bz
do. Handels-Gef.	4	89,15	bz
do. Kassen-Verein	4	183, B	
Breslauer-Disc.-Bl.	4	64,50	bz

per 100 Kilogr. Brutto inl. Sac. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inl. Sac. per diesen Monat 20,80 Km. bz., Febr. März do, April-Mai 20,90 bz., Mai-Juni 21 bz., Juli-August 21 bz., Juli-August do.

Breslau, 15. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] — Kleesaat, rothe, fest; ordinär 46—49, mittel 52—55, sehr 57—60, hochfein 62—64 — Kleesaat, weiße, knapp; ordinär 49—55, mittel 59—65, sehr 69—74, hochfein 76—81. — Roggen (ver 2000 Bd.) niedriger, abgelaufene Ründigungsscheine —, ver Febr. u. Febr. März 143 B., April-Mai 146,50 B., Mai-Juni 148 B., Juni-Juli 151 B.— Weizen 186 B., ver April-Mai 189 B., Mai-Juni — — Gerste 144 B., gel. — Hafer 160 B., April-Mai 158 B., sel. gel. — Gerste 144 B., gel.